

DC/20/I/3/2640, SAPMO

VVS B. 2 - 355/88

29-30.3.1988⁴⁰

Anlage 4

R e d e

des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten
der DDR, Genossen Oskar Fischer,
auf der Tagung des Komitees der Außenminister der
Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages
am 29. und 30. März 1988 in Sofia

73

Werte Genossen!

1987 wurde eine Veränderung des allgemeinen politischen Klimas eingeleitet. Jetzt geht es um die dauerhafte Wende in den internationalen Beziehungen, um den Beginn meßbarer und kontinuierlicher Abrüstung.

1. Wir erörtern auf diesem Treffen besonders jene internationalen Fragen, die - im Ergebnis der sowjetisch-amerikanischen Treffen - zunehmend in Bewegung geraten sind. Unser Bündnis stellt sich den Aufgaben einer neuen Phase der Ost-West-Politik. Die Begegnungen, die die Genossen Schewardnadse und Jasow vor wenigen Tagen mit dem Außenminister bzw. dem Verteidigungsminister der USA hatten, beweisen dies erneut.

Wir danken für die Information, die wir zu diesen Gesprächen in Washington und Bern erhalten haben und beglückwünschen die sowjetischen Genossen zu dem bisher Erreichten. Ihr Vorgehen entspricht nicht nur unseren, sondern allgemeinen Interessen; es wurde durch unser Zusammenwirken und die Geschlossenheit unseres Bündnisses wirksam unterstützt. Die DDR wird alles ihr Mögliche dafür tun.

Sicher sind noch viele Schwierigkeiten und Hindernisse zu beseitigen. Mit ihrem Brüsseler Gipfel versuchte die NATO-Führung, jene Kräfte zusammenzufassen und zu mobilisieren, die weiterhin auf militärische Überlegenheit und "nukleare Abschreckung" setzen. Ihr Hauptstoß zielt darauf, das mit der Beseitigung der Mittelstreckenraketen verlorengelassene Potential durch neue Aufrüstung und Modernisierung zu ersetzen und vor allem Abrüstung auf anderen Gebieten auszuschließen.

Diese Absichten des militärisch-industriellen Komplexes hat USA-Kriegsminister Carlucci auf der 25. Internationalen Wehrkundetagung in München am 6. und 7. Februar 1988 eindeutig bekräftigt. Vorrang für die NATO hätten in Westeuropa - ich zitiere - "ein Nachfolger für die LANCE-Boden-Boden-Rakete, die Entwicklung einer taktischen Stand-off-Luft-Boden-Rakete und die Modernisierung der nuklearen Artillerie der NATO, Flugzeuge mit konventioneller sowie nuklearer Kapazität und Atombomben".

Verantwortungsbewußte westliche Politiker sagen, was als Modernisierung für die 90er Jahre zur Entscheidung anstehend ausgegeben wird: Es ist in Wirklichkeit ein völlig neues Raketensystem, das erneut die strategische Lage und das politische Klima in Europa und in der Welt ändern soll. Von größter Bedeutung ist es deshalb, weit-sichtig den Gefahren entgegenzuwirken, daß technologische Entwicklungen den Gang von Verhandlungen überholen

bzw. deren Ergebnisse völlig entwerten. Unser Ringen gegen "Kompensation" steht in diesem Sinne gewiß erst am Anfang und wir müssen hierfür auch die Weltöffentlichkeit mobilisieren.

3. Indes ist es der NATO nicht gelungen, ihre ernststen Widersprüche in der Militärpolitik und im Abrüstungsbereich, die für uns ausnutzbar sind, zu beseitigen.

- . Die NATO mußte sich erneut zum Mittelstreckenraketenvertrag bekennen und geschlossen für seine Ratifizierung eintreten.

- . Sie mußte grundsätzlich ihre politische Bereitschaft erklären, die Abrüstungsverhandlungen fortzuführen bzw. in neue Verhandlungen einzutreten.

- . Und sie mußte eine Prioritätenskala formulieren, die mit der unsrigen weitgehend übereinstimmt.

Hier müssen wir anknüpfen, auch wenn die inhaltlichen Positionen auseinanderklaffen bzw. konträr sind.

Die Schlüsselfrage bleibt unseres Erachtens gegenwärtig, alles für die schnelle Ratifizierung des Vertrages über die Beseitigung der Mittelstreckenraketen und den Abschluß weiterer Verträge zu tun.

Unserer Meinung nach können wir die in den westlichen Staaten zunehmenden Auseinandersetzungen und Differenzen um sicherheitspolitische Strategien der Gegenwart und der Zukunft am besten nutzen, wenn wir immer wieder mit der ganzen Breite unserer Vorschläge arbeiten, wie sie auf der Budapester Tagung 1986 sowie auf der Berliner Tagung des Politischen Beratenden Ausschusses vom Mai und von den höchsten Repräsentanten am 12. Dezember 1987 konzipiert wurden. Dabei sollten wohl abgestimmte politisch-diplomatische und öffentlichkeitswirksame Schritte Hand in Hand gehen.

Die DDR trägt dazu im bi- und multilateralen Dialog bei. Insgesamt festigt sich der Eindruck, daß die Abrüstungsdiskussion in Westeuropa, selbst in Frankreich, in immer stärkerem Maße in Gang kommt, daß die Wirkung der Friedensoffensive der UdSSR, unseres Bündnisses, von den herrschenden Kreisen immer mehr in Rechnung gestellt werden muß. Es spricht für sich, wenn z. B. François Mitterrand gegenüber Genossen Erich Honecker erklärte, wenn ein Abkommen über die 50prozentige Reduzierung der strategischen Offensivwaffen verwirklicht worden sei, werde es für Frankreich keine Tabus im Abrüstungsbereich mehr geben.

Der griechische Ministerpräsident Papandreou begann in Berlin nach dem Stockholmer Treffen seine Erläuterungen zur neuen 6-Staaten-Initiative mit der Einschätzung, daß die konstruktive Haltung des Warschauer Vertrages diese Staaten in ihrem Bemühen bestärke, noch intensiver für einen Stopp

der Kernwaffentests und für die nukleare Abrüstung einzutreten.

4. Eine Kardinalfrage ist die Aufnahme von Verhandlungen über konventionelle Abrüstung in Europa. Die NATO will sie von Positionen der Stärke aus führen und mit Forderungen nach einseitigen Reduzierungen der Staaten des Warschauer Vertrages beginnen, das zeigt die letzte Brüsseler Erklärung. Ein für sich sprechendes Beispiel sind die von der BRD vor einigen Tagen veröffentlichten wirklich abstrusen Vorstellungen für die Reduzierung von Panzern, Schützenpanzern und Artilleriegeschützen allein durch den Warschauer Vertrag.

Alle unsere Erfahrungen besagen, daß wir - gestützt auf das Prinzip der Gleichheit und der gleichen Sicherheit - ihnen am besten begegnen, wenn wir sorgfältig abgestimmt und einheitlich an den Verhandlungstisch gehen.

Deshalb begrüße ich es außerordentlich, daß wir uns in der Abrüstungskommission - wie Anfang Februar begonnen - auf die zügige Ausarbeitung dieses Verhandlungskonzeptes konzentrieren.

Wesentlich ist jetzt, daß zu den Fragen verhandlungsfähige Grundlagen erarbeitet werden.

Wir unterstützen die Anregung der sowjetischen Genossen, Angaben über die Streitkräfte und Rüstungen unseres Bündnisses schnell und sorgfältig zu erarbeiten und zu veröffentlichen.

Damit begegnen wir zugleich wirksam der von westlichen Medien und Politikern verbreiteten Flut von Falschinformationen. Zielstrebig sollten wir mit Militärexperten an unserem Konzept über die Asymmetrien und die Möglichkeiten ihrer Verringerung, an einer Definition der Verteidigungsfähigkeit wie auch an Vorschlägen zur Kontrolle arbeiten. Gleiches gilt für den Komplex der vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen, vor allem zur beiderseitigen Begrenzung der militärischen Aktivitäten.

Wichtig erscheint uns, es nicht allein bei Manöverbeobachtung und Inspektion zu belassen. Der Kern unseres Konzepts der vertrauensbildenden Maßnahmen, mit dem wir in Stockholm angetreten sind und das auch für Stockholm II gültig bleibt, besteht darin, zu wirklichen einschneidenden Begrenzungsmaßnahmen zu kommen. In diesem Sinne hat die Abrüstungskommission auch parallel Vorschläge zur Weiterführung von Verhandlungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen zu erarbeiten.

Die Vorschläge, die wir zur Festigung des Vertrauens und der militärischen Stabilität im Norden und Süden Europas sowie im Mittelmeerraum unterbreiten, werden zweifellos wirken.

5. Aus der Sicht der DDR kommt den taktischen Kernwaffen nach wie vor ein besonderer Stellenwert zu. Es dürfte in absehbarer Zeit kaum gelingen, für sie eine gesonderte Verhandlungsebene

zu erreichen, oder sie ausdrücklich in das Mandat für konventionelle Abrüstung in Europa aufzunehmen. Neben der ablehnenden Haltung der USA, Großbritanniens und Frankreichs ist in Brüssel auch die BRD auf die negative NATO-Linie eingeschwenkt. Nach einer Erklärung des BRD-Regierungssprechers Ost vom 7. März habe Bundeskanzler Kohl auf dem NATO-Gipfel unterstrichen, "daß die Bundesregierung keine weitere Null-Lösung, keine kernwaffenfreien Zonen und schon gar nicht eine Denuklearisierung Europas" anstrebe. Gleichzeitig wächst aber in der BRD, selbst in den herrschenden Kreisen, die Besorgnis über diese Waffen. Die Erkenntnis, daß ihre Bevölkerung im Falle eines Konflikts erstes Opfer werden würde, ist Quelle andauernder Auseinandersetzungen. Sie bieten unseres Erachtens erhebliches Potential zur Mobilisierung von zu mehr Realismus neigenden Kräften, die von der SPD bis hin zu Kreisen in der CDU und in das Monopolkapital hineinreichen.

Nicht alle wollen eine völlige Beseitigung dieser Waffen, sie sprechen sich aber für eine Reduzierung bis auf ein "absolutes Minimum" aus.

In diesem Sinne wirken wir gemeinsam und abgestimmt mit der CSSR für einen atomwaffenfreien Korridor weiter. Er gewinnt unseres Erachtens nach dem Mittelstreckenraketenvertrag an Bedeutung, weil sich mit ihm ein praktikabler Zugang zu den Kernwaffen mit Reichweiten bis 500 km ergibt. Das um so mehr, wenn der vorgeschlagene "Korridor" zu einer mitteleuropäischen Zone ausgeweitet würde.

Sicher wäre es zweckmäßig, die Vorstellungen für regionale Lösungen weiter zu präzisieren. Ein atomwaffenfreier Korridor in Mitteleuropa könnte die Bemühungen um konventionelle Rüstungsreduzierungen an der Linie zwischen NATO und Warschauer Vertrag fördern, da er doppelt verwendungsfähige Waffen mit erfaßt. Auf besonderes Interesse stößt der Vorschlag, die Korridor-Idee mit den von Genossen Gorbatschow auf der Berliner PBA-Tagung geäußerten Vorstellungen über den Abzug gefährlichster Offensivwaffen aus einem je 150 km breiten Streifen an der Trennlinie der Bündnisse zu kombinieren.

Um nach Kräften dazu beizutragen, abrüstungspolitisch keine Pause zuzulassen, bereiten wir für den 20. - 22. Juni 1988 in Berlin ein "Internationales Treffen für kernwaffenfreie Zonen" vor. Die Unterstützung aus den Bruderländern ist uns dabei eine wertvolle Hilfe, dafür danke ich im Auftrage unserer Parteiführung. Interesse und Zustimmung für das Treffen sind groß, auch aus westlichen Staaten und Entwicklungsländern.

6. Die DDR ist dafür, angesichts der Aufnahme der Produktion von Binärwaffen durch die USA und der damit verbundenen neuerlichen Schwierigkeiten bei den Genfer Verhandlungen die Anstrengungen für ein allgemeines und vollständiges Verbot der chemischen Waffen und ihre Vernichtung zu verstärken. In Abstimmung mit der KPdSU sind die SED und die KPTsch deshalb mit der SPD übereingekommen, sich erneut an die Regierungen ihrer Länder sowie diejenigen Staaten zu wenden, die Truppen auf ihrem Territorium stationiert haben, um unverzüglich Verhandlungen über eine chemiewaffenfreie Zone aufzunehmen. Ihnen sollen neben den Prinzipien und Hauptrichtungen der bisherigen Initiative auch die in Genf bereits abgestimmten Vertragslinie eines weltweiten Chemiewaffenverbots zugrunde gelegt werden.

Die DDR unterstützt aktiv die Initiativen der Brudersländer - den Jaruzelski-Plan, die Initiative des Genossen Miloš Jakeš, den von den ungarischen Genossen gemeinsam mit der Sozialdemokratischen Partei Finnlands und den Italienischen Sozialisten unterbreiteten Vorschlag, die Vorschläge der rumänischen und bulgarischen Genossen. Sie alle sind geeignet, das Klima auf unserem Kontinent zu verbessern, mehr Sicherheit zu schaffen und damit zum schnelleren Aufbau eines gemeinsamen europäischen Hauses beizutragen.

7. Von zunehmender Bedeutung für Frieden und Sicherheit in Europa sind Prozesse, die sich im Norden wie im Süden unseres Kontinents, also an den Flanken unseres Bündnisses, vollziehen. Hier ist das Bestreben der USA und anderer NATO-Staaten besonders augenfällig, "Kompensationen" für die zu vernichtenden Mittelstreckenraketen vorzunehmen. Die dafür unterbreiteten Vorschläge halten wir für zeitgemäß. Zusätzlich möchten wir anregen, daß vor allem die Ostseeanrainerstaaten unseres Bündnisses gemeinsame Überlegungen anstellen, was gerade in dieser Region möglich und zweckmäßig sein könnte.

Mit der Murmansk-Rede des Genossen Gorbatschow verfügt der Warschauer Vertrag über ein Konzept für Frieden und Sicherheit im Norden Europas. Das Politbüro unserer Partei hat sich mit den Vorschlägen der UdSSR beschäftigt und Maßnahmen für ihre Unterstützung beschlossen. Wir nutzen hierfür vor allem unsere bilateralen Beziehungen, aber auch Formen der multilateralen staatlichen wie gesellschaftlichen Zusammenarbeit.

Die von Genossen Gorbatschow kürzlich in Belgrad für die Festigung des Friedens und die Erhöhung der Sicherheit im Mittelmeerraum unterbreiteten Vorschläge bieten uns Möglichkeiten in dieser Region.

Auf dem Treffen der Außenminister der Balkanstaaten in Belgrad haben die bulgarischen und rumänischen Genossen einen wichtigen Beitrag zur Umsetzung der Friedensstrategie des Warschauer Vertrages für diesen sensiblen Bereich geleistet. Damit zeichnen sich auch für die Südflanke unseres Bündnisses Perspektiven wachsender Zusammenarbeit und vertrauensbildender Maßnahmen ab. Zugleich wachsen die Möglichkeiten für die Bildung einer kernwaffenfreien Zone von Nord- und Mittel- bis Südeuropa.

8. Erhöhte Aufmerksamkeit verlangen unseres Erachtens die Integrationsprozesse in Westeuropa. Sie vollziehen sich unabhängig davon, ob uns das gefällt oder nicht. Bei ihrer Bewertung ist wesentlich, ob sie sich in ein gemeinsames europäisches Haus nach unseren abgestimmten gemeinsamen Vorstellungen einfügen lassen. Sicher geht es hierbei auch um die EG, das Europäische Parlament und um anderes.

Völlig eindeutig liegen die Dinge dagegen bei der militärischen Kooperation und Integration. Sie sind in jedem Fall gegen unsere Länder gerichtet. Vor allem mit der Bildung der Achse Bonn - Paris wurden - trotz teilweise unterschiedlicher Motive und unter Zurückstellung beträchtlicher politischer und sicherheitspolitischer Differenzen - Weichen zur weiteren Militarisierung Westeuropas gestellt.

Gewiß mag dieses Zusammengehen auch einen bestimmten Anti-USA-Akzent haben. Vor allem aber wollen die treibenden Kräfte dieser Achse unter allen Umständen an der "nuklearen Abschreckung" festhalten, Frankreichs militärisches Potential wieder stärker an die militärische NATO-Integration heranführen, das starke ökonomische Potential der BRD für eine Erhöhung des Einflusses dieses "Bündnisses im Bündnis" nutzen und, was die BRD selbst betrifft, sich den Weg zu Kernwaffen öffnen. Damit muß sich die Informationsgruppe befassen.

9. Der bisher in Wien erreichte Verhandlungsstand entspricht nicht der Bedeutung dieses KSZE-Treffens, auch nicht den Erfordernissen. Die NATO, besonders erpresserisch, versucht, uns in Menschenrechts- und humanitären Fragen unter Druck zu setzen. Diese ohnehin komplizierte Lage in Wien wird noch dadurch erschwert, daß die Situation in diesem Bereich in den einzelnen sozialistischen Ländern unterschiedlich ist und auch gehandhabt wird. Von ausschlaggebender Bedeutung in Wien und für die Wahrung unserer gemeinsamen Interessen ist unser einheitliches Auftreten.

Die DDR ist dafür, prinzipiell wie flexibel für gegenseitig annehmbare substantielle Ergebnisse in allen Bereichen der Schlußakte zu wirken. Aber ein Nachgeben hilft nicht, sondern muß die andere Seite ermutigen.

Es ist unerlässlich, einheitlich die Grenzen unserer Kompromißbereitschaft eindeutig abzustecken. Sie liegen unseres Erachtens dort, wo die Menschenrechts- und humanitären Fragen aus der staatlichen Souveränität herausgelöst und über die Schaffung diesbezüglicher multilateraler Kontrollmechanismen ein "Recht auf Einmischung" mit dem "Recht auf Klage" gegen den Staat im KSZE-Rahmen etabliert werden soll.

Angesichts massiver Bestrebungen imperialistischer Kreise, vor allem mit Hilfe ihrer Massenmedien, aber auch bestimmter Kirchenkräfte in sozialistischen Ländern eine "innere Opposition" aufzubauen, ihr Wirkungsmöglichkeiten nach innen und Legitimation und Publizität nach außen zu verschaffen, sind diese Fragen von besonderer politischer Sensibilität. Entscheidungen - ich wiederhole jetzt schon lange immer wieder Gesagtes - können nicht von unserer Verhandlungsdelegation in Wien, sie müssen in den Zentralen getroffen werden.

In all diesen Fragen läßt die rechtzeitige und allseitige Abstimmung wie Koordinierung des Vorgehens zwischen den Zentralen doch sehr zu wünschen übrig.

Noch ein Gedanke, was die europapolitischen Überlegungen insgesamt betrifft. Meines Erachtens ist die Zeit herangereift, alle Aspekte - politische, militärische, ökonomische und kulturelle, Abrüstung, die Perspektiven des KSZE-Prozesses in seiner gesamten Breite, die Entwicklung der

Integrationsprozesse in Europa und andere - zu einem Gesamtkonzept zusammenzufassen.

Es würde gewissermaßen eine Hausordnung für die 90er Jahre und den friedlichen Übergang ins nächste Jahrtausend. Dieser in die Zukunft weisende Rahmen würde es uns auch erleichtern, rechtzeitig und vorausschauend unser gemeinsames, wie eigenes Vorgehen in den einzelnen Richtungen festzulegen.

10. Für die erfolgreiche Verwirklichung unserer gemeinsamen Strategie hat die weitere Vervollkommnung des Mechanismus unseres Bündnisses enorme Bedeutung. Die Planmäßigkeit der Beratungen sowie die aktuelle Information wurden ohne Zweifel verbessert; jetzt geht es um Effektivität und Qualität.

Für die Informationsgruppe wäre es unseres Erachtens nützlich, nach einem längerfristigen Themenplan sachkundige Diskussionen - wenn notwendig, unter Hinzuziehung entsprechender Experten - zu führen. Der von allen geförderte wie benötigte kollektive Erkenntniszuwachs sollte nicht in der Masse der Papiere, sondern im substantiellen Meinungsaustausch erreicht werden. Das ist unserer Auffassung nach bei der Diskussion über Aspekte Nordeuropas und der Südflanke sowie bei der Behandlung von Konfliktherden bereits der Fall gewesen.

Künftig sollte es unserer Meinung nach zur Regel werden, aus jeder inhaltlichen Diskussion Schlußfolgerungen für unser weiteres Vorgehen abzuleiten. Selbstverständlich darf der operative Austausch von Informationen zwischen unseren Staaten nicht eingestellt werden.

Was andere Arbeitsgruppen oder Expertentreffen anbelangt, sollten sie unserer Meinung nach prinzipiell ein vom Außenminister-Komitee bestätigtes Mandat haben.

Schließlich wirkt sich immer ungünstiger aus, daß uns ein fest fixierter Anlaufpunkt fehlt. Das Rotationsprinzip auf der Arbeitsebene halte ich für wenig effektiv, auch für zu kostspielig.

Werte Genossen!

Auf unserer Beratung wurden bisher eine Reihe Vorschläge unterbreitet, die zu prüfen sind. Den uns vorliegenden Dokumenten stimme ich zu, weil sie bedeutende Aktivitäten für den kommenden Zeitabschnitt enthalten.

Die bulgarischen Genossen haben für unsere Arbeit lobenswerte Bedingungen geschaffen. Dafür danke ich Ihnen, und vor allem Genossen Mladenow, auf das allerherzlichste.